

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zur Aktuellen Stunde „Gemeinsam die Zukunft gestalten – Brandenburgs Beitrag zum Gelingen der Oderpartnerschaft“

Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen an Oder und Neiße in Partnerschaft und Gleichberechtigung gestalten

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Die Mitgliedschaft Polens und Deutschlands als selbstbestimmte und souveräne Staaten in der Europäischen Union ist für beide Länder eine einmalige historische Chance, bisherige historische Erfahrungen im Mit- und Gegeneinander durch eine im besten Sinne grenzenlose friedliche Kooperation zu überwinden: Ressentiments und Vorurteile können weiter abgebaut, gegenseitiges Vertrauen zwischen Deutschen und Polen ausgebaut und neue Perspektiven für die Zukunft der Menschen östlich und westlich von Oder und Neiße erschlossen werden. Die Oderpartnerschaft – von den Landesregierungen in Brandenburg und Berlin 2006 begründet - ist ein Weg, über den das befördert werden kann. Gemeinsames Ziel dieser Partnerschaft ist es, die Stärken einzelner Woiwodschaften bzw. Länder und das dort gewonnene Know-how zum Nutzen aller einzusetzen, ohne die bestehenden vielfältigen Kooperationsformen, die sich bewährt haben, zu ersetzen. Alle Partner sollen gleichberechtigt ihre Erfahrungen und spezifischen Interessen in die Zusammenarbeit einbringen können. Die Oderpartnerschaft ist ein „Dach“, unter dem sich Akteure aus den deutschen Bundesländern Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen gemeinsam mit Partnern aus den polnischen Woiwodschaften Lubuskie (Lebuser Land), Zachodniopomorskie (Westpommern), Wielkopolskie (Großpolen) sowie Dolnośląskie (Niederschlesien) über die Entwicklungslinien für die Region, darüber verständigen, wie der Raum, in dem sie gemeinsam leben, in 10 oder 20 Jahren aussehen soll und welche politischen und anderen Schritte auf dem Weg dahin eingeleitet werden sollten. Politik, Verwaltungen und Zivilgesellschaft haben einen langen Prozess vor sich, der auf gleichberechtigter Grundlage und durch gemeinsame Anstrengungen weiter an Umfang und Tempo gewinnen kann und soll.

- II. Vor dem Hintergrund des zweiten Gipfeltreffens zur Oderpartnerschaft am 13. Januar 2009 in Potsdam
1. erwartet der Landtag, dass die Landesregierung
 - im Rahmen der Maßnahmen im Bereich Infrastruktur/Verkehr dem Ausbau des ÖPNV/SPNV besonderes Augenmerk schenkt,
 - Impulse für den grenzüberschreitenden Tourismus und die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region setzt,
 - der Kooperation in Ausbildung und Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie – vor dem Hintergrund der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 – der grenzüberschreitenden Integration des Arbeitsmarktes den notwendigen Stellenwert einräumt sowie
 - notwendige Maßnahmen bei den anstehenden Entscheidungen zur Vergabe von Fördermitteln entsprechend berücksichtigt;
 2. sieht der Landtag weiteres Potenzial für den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungsorganen der Woiwodschaft Lubuskie, mit der Brandenburg durch eine 144 km-lange Grenze verbunden ist,
 3. bietet der Landtag den Sejmiks der Nachbar-Woiwodschaften und den Landtagen der benachbarten Bundesländer sowie ihren für Europaangelegenheiten bzw. internationale Beziehungen zuständigen Ausschüssen an, den Prozess der Oderpartnerschaft gemeinsam stärker zu begleiten und eigene Impulse für die Zusammenarbeit in den unterschiedlichen Politikbereichen zu setzen - der Präsident des Landtages wird gebeten, diesen Vorschlag in geeigneter Form an die Partner-Parlamente zu übermitteln;
 4. wird der Landtag darauf hinwirken, dass die Erfahrungen und Vorschläge der Euroregionen sowie der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteure aus den Woiwodschaften und Bundesländern stärker in die Planung und Umsetzung von Vorhaben im Rahmen der Oderpartnerschaft einbezogen werden.

Begründung:

Ob Brandenburg seine Zukunftschancen nutzen kann, hängt nicht unwesentlich davon ab, wie sich unser Land im europäischen Maßstab positioniert und welche Bündnisse - über die Landesgrenzen hinaus – geschmiedet werden.

Brandenburg und Berlin haben zusammen mit Woiwodschaften und Städten aus den Woiwodschaften Lubuskie, Zachodniopomorskie, Wielkopolskie sowie Dolnośląskie im April 2006 auf einer deutsch-polnischen Wirtschaftskonferenz die Initialzündung für die Gestaltung der Oderpartnerschaft gegeben. Durch eine vertiefte politische und wirtschaftliche Kooperation in Makroregion beiderseits der Oder und Neiße sollte die Wettbewerbsfähigkeit der Region im globalen Wettbewerb langfristig gesichert werden. Davon sollen nicht nur diejenigen profitieren, die in unmittelbarer Grenznähe leben, sondern die große Mehrheit der Bewohner unserer Region.

Dr. Dietmar Woidke
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE